„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. Oktober 1925 | 12 Seiten | Nummer 48

Vom Wahlkampf im Westen

Premier Kings Redetour durch die Prärieprovinzen und British Columbia

Meighen und Forke auf dem Stimmenfang

Regina. — Ueber die am Mittwoch, 30. September, im Stadium zu Regina abgehaltene liberale Massenversammlung haben wir bereits in der letzten Nummer des „Courier" berichtet. Es erübrigt sich noch, auf die Rede des canadischen Premier Mackenzie King etwas näher einzugehen. Er bezeichnete den gegenwärtigen Wahlfeldzug als einen der kritischsten in der Geschichte des Landes, weil es sich darum handele, ob dieses Land noch mehr gespalten werden oder Ost und West einander näher gebracht werden sollen. Er wünsche, daß die Bevölkerung von Saskatchewan Premier Dunning für einen Posten in Ottawa freigebe; denn man brauche dort Leute mit dem nötigen Weitblick, welche die Bedürfnisse des Landes verstehen und eine stärkere Vertretung des Westens gewährleisten. Bisher sei nur ein Minister von Saskatchewan in Ottawa Hon. Motherwell. Er, King, würde es aber gerne sehen, wenn diese Provinz durch zwei Minister vertreten sei. Dann ging der Redner auf die von ihm beabsichtigte Rekonstruktion des Kabinetts nach den bevorstehenden Wahlen ein. Namentlich möchte er das Einwanderungsministerium einem Mann des Westens übertragen. Doch als Voraussetzung dafür bezeichnete er die Erwählung einer größeren Zahl von liberalen Kandidaten in den Prärieprovinzen. Wenn der Westen wiederum den Irrtum begehe, eine starke progressive Vertretung nach Ottawa zu schicken, so könne er nur feierlich erklären, daß der Westen sich nicht darüber beklagen dürfe, wenn er nicht die erwartete Unterstützung von anderen Teilen Canadas erhalte.

„Wir wollen," so erklärte der Premier emphatisch, „in Ottawa Männer, die aufstehen und für die Interessen des Landes kämpfen. Ich wünsche Herrn Darke (den liberalen Kandidaten von Regina) in Ottawa zu sehen, wo er mit den Männern des Ostens zusammenkommen und den Standpunkt des Westens vortragen kann. Auf diese Weise können wir erreichen, daß der Standpunkt des Westens angenommen wird."

Es handele sich, so fuhr Herr King fort, nicht um einen Kampf zwischen Liberalen und Progressiven, sondern darum, ob Canada eine liberale oder eine konservative Regierung erhalten solle. Diese Wahl müsse darüber entscheiden, welche Vertretung Westcanada haben und ob seine Stimme in der Politik des Landes zur Geltung gebracht werden solle.

Eine andere Frage, die das Interesse des Westens seit Jahren lebhaft beschäftigt, die Frage der Vollendung der Hudsons Bay-Bahn, wurde vom Premier gleichfalls gestreift. „Ich halte die Zeit für gekommen, da dieser Plan durchgeführt werden sollte. Es war eine liberale Regierung, welche die Bahn begonnen hat, und es wird eine liberale Regierung sein, die sie vollenden wird, wenn ich die Möglichkeit dafür erhalte. Wenn ich die nötige Unterstützung in Form von Anhängern aus Westcanada erhalte, die es mir gestatten, die liberale Politik durchzuführen, so wird das ein Teil davon sein. Aber ich erkläre Ihnen: Ich will dem Westen nicht versprechen, daß ich eine besondere Politik durchführen werde, die von Bedeutung für diesen Teil des Westens in erster Linie ist, wenn ich nicht einen klaren Weg für die Einlösung dieses Versprechens erkennen kann. Ich kann nur dann die Möglichkeit dazu erkennen, wenn ich die dazu erforderliche Anhängerschaft im Unterhaus erhalte."

Die Versammlung stand unter Leitung von P. M. Anderson, K. C. Außer Premier King sprachen noch Premier Dunning von Saskatchewan und der liberale Kandidat für Regina, F. N. Darke. Letzterer hielt eine kurze Ansprache, in der er sich für einen Ausgleich der Gegensätze zwischen Ost und West aussprach. Allmählich zeige sich wieder ein Aufleben der canadischen Wirtschaft. Klassen- oder Gruppenregierung könne nicht die Lösung der Schwierigkeiten des Landes sein. Die Progressiven, die das erkennen, kämen in täglich größerer Zahl zur liberalen Partei zurück.

* * *

Von Regina aus setzte Premier King seine Reise nach dem Westen fort, um in Moose Jaw, Sask., Calgary, Alta., und Vancouver, B. C., in großen Versammlungen zu Tausenden von Freunden und Gegnern zu sprechen.

Auch die Führer der beiden anderen Parteien sind nicht untätig geblieben. So hat Arthur Meighen, der sich in seinem alten Wahlkreis Portage la Prairie in Manitoba, wo er bei den letzten Wahlen geschlagen wurde, wieder aufstellen ließ, eine Redetour durch den Westen angetreten. In seiner ersten Rede auf dem Boden von Saskatchewan, die er in Saskatoon hielt, versprach Meighen, wenn die konservative Partei ans Ruder komme, werde er möglichst bald die Kosten für die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn feststellen lassen und dann die Brauchbarkeit des Systems ausprobieren. Wenn die Kosten nicht mehr als drei Millionen Dollars betragen, würde er die Fertigstellung der Bahn bis zur nächsten Wahl bewerkstelligen. (Mit solchen Versprechungen hat man den Westen schon seit Jahren vertröstet, sodaß man hier nicht mehr auf jeden beliebigen Wahlköder hereinfällt.)

Robert Forke, der Führer der progressiven Partei, will gleichfalls an einigen Plätzen des Westens sich zeigen, um hier sein Programm zu entwickeln.

* * *

Im canadischen Osten hat indessen der Wahlkampf auch bereits deutlichere Formen angenommen. Die Konservativen von Ontario wiegen sich in rosigen Hoffnungen. Doch haben die Liberalen in Hon. Vincent Massey, dem neuen Minister und dem Leiter der Massey-Harris Company, ein Gegengift zur Hand. Denn Massey erregt als Großindustrieller durch sein energisches Eintreten für eine gemäßigte Zolltarifpolitik anscheinend überall großes Aufsehen und wird gewiß auch viele Anhänger der konservativen Zollpolitik auf seine Seite ziehen.

In New Brunswick und Nova Scotia ist das Interesse für die Wahlsache wieder etwas abgeebbt, seitdem die Parteiführer dort ihre ersten Reden gehalten haben.

Die Provinz Quebec macht mehr und mehr von sich reden. Hat schon das Auftreten Patenaudes, des unabhängigen Konservativen, der Meighen die Gefolgschaft, wenigstens für die Dauer des Wahlkampfes, verweigert, die öffentliche Meinung erregt, so noch mehr die Tatsache, daß Henri Bourassa wieder in das Rampenlicht der politischen Bühne getreten ist. Sein Name allein ist ein Programm, worüber auf der zweiten Seite dieser Courierausgabe mehr gesagt wird. In seiner Eigenschaft als Unabhängiger (Independent) hielt er in Mont Laurier, das zu seinem Wahlkreis Labelle gehört, seine erste Wahlrede. Von Montreal brachte ein Sonderzug die Freunde Bourassas nach Mont Laurier. Nach den unvollständigen englischen Presseberichten über seine Ansprache setzte sich Bourassa dafür ein, daß der Osten dem Westen mehr Rechnung trage, damit ein Bruch verhütet werde. Ferner setzte er sich ein für eine gründliche Untersuchung der canadischen Finanzlage, für eine unparteiische und fachmännische Untersuchung der Wirtschaftslage des Landes, für Widerruf oder Neuregelung des britischen Vorzugstarifs, für Neuordnung des ganzen Zollsystems, um den Preis der Verbrauchsartikel und der Maschinerie für die grundlegenden Gewerbe zu ermäßigen; für eine gründliche Revision des Transportsystems, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die westlichen Provinzen die Wasserwegen entbehren müssen, und daß der Warenaustausch zwischen allen Provinzen durch niedrigere Transportkosten begünstigt wird.

Liberaler Erfolg in Medicine Hat

Medicine Hat, Alta. — Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten hat der liberale Kandidat für die Ersatzwahl im Provinzwahlkreis Medicine Hat, Pringle, die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt. Der Konservative Hendricks und der Vertreter der Arbeiter- und Farmerpartei, McCoombs, sind im ersten Wahlgang unterlegen. Bei der zu erwartenden Nachzählung zwischen dem Liberalen und dem Konservativen wird der Liberale sicher den Sieg davontragen.

Kostbares Perlenhalsband gestohlen.

New York, 2. Oktober. — Ein europäischer Dieb, welcher einem Perlenhalsband über das Meer gefolgt ist, wird wegen eines Juwelendiebstahls in der Höhe von $500,000 bis $750,000 gesucht. Die Juwelen wurden Frau Donahue, einer Tochter des verstorbenen Frank Woolworth, Gründer des 5 und 10 Cents Ladens, gestohlen. Polizeikommissar Enright übernahm selbst die Leitung der Jagd. Der Diebstahl ereignete sich im Hotel Plaza.

Eröffnung der interparlamentarischen Tagung

Die Frage der Minderheiten auf Tagungsprogramm

Präsident des deutschen Reichstages für Abrüstung.

Washington, 1. Oktober. — Staatssekretär Kellogg entbot den Delegaten der Interparlamentarischen Union, deren 23. Kongreß heute eröffnet wurde, den Willkommgruß der amerikanischen Regierung.

Der Staatssekretär wies darauf hin, daß die Delegaten Länder, die die verschiedenartigsten wirtschaftlichen Verhältnisse, Rassen und Traditionen aufweisen, repräsentieren. Er sagte, daß der Weltfriede seit langer Zeit ein Traum von Staatsmännern gewesen sei, dessen Verwirklichung noch niemand herbeizuführen vermochte. Nur durch eine bessere Verständigung der Völker unter einander könne der Weltfriede möglich gemacht werden. Die Völker müssen einsehen lernen, daß es bessere Wege zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten gebe, als die Entscheidung dem Krieg zu überlassen.

Sekretär Kellogg erklärte dann, er sei durchaus kein Alarmist und setze in die Intelligenz und den Patriotismus der Völker, die die wunderbaren Institutionen des 20. Jahrhunderts eingeführt und aufrecht erhalten haben, unbedingtes Vertrauen, er könne aber vor der Tatsache, daß Elemente am Werke seien, die repräsentativen Regierungen zu zerstören und eine Klassentyrannei einzusetzen, nicht die Augen verschließen. Er wisse, daß auch in den Ver. Staaten vielen Leuten der verfassungsmäßige Schutz lästig falle und daß für den Kongreß unbeschränkte Macht verlangt werde, aber die Erfahrung von 140 Jahren habe die Weisheit jener Bestimmungen der Bundesverfassung bewiesen und er habe volles Vertrauen, daß das Volk der Ver. Staaten nie jene Garantien der Freiheit beseitigen werde.

Den immer mehr in allen Ländern sich einbürgernden Brauch, Verträge die von den Regierungen abgeschlossen werden, den Parlamenten oder irgend einem Zweig ihrer gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifikation vorzulegen, bezeichnete Sekretär Kellogg als eine dem Frieden dienende Maßnahme. Je mehr die Leute erfahren, was ihre Regierung tue desto besser sei es für sie und für die Stabilität der Welt.

Der Staatssekretär schloß seine Rede mit der Bemerkung, er sei überzeugt, daß die interparlamentarische Konferenz die Annahme vieler weiser und wohltätiger Gesetze, die für den Frieden der Welt und den Fort-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Europäische Sicherheitskonferenz in Locarno

Deutsche Erbitterung wegen Nichtbehandlung der Kriegsschuldfrage

Attentatsdrohungen gegen Dr. Stresemann.

Locarno (Schweiz), 5. Okt. — Die Konferenz der deutschen und alliierten Staatsmänner wurde heute im hiesigen Justizpalast eröffnet. Die erste Versammlung wurde durch eine Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Rusca von Locarno eingeleitet, worauf dieser sich zurückzog, da alle Sitzungen der Konferenz hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Die Vertreter kamen pünktlich in Automobilen an, voran Austen Chamberlain, der britische Sekretär des Auswärtigen, ihm folgten die Italiener, die Franzosen und Deutschen. Vandervelde von Belgien traf zu Fuß ein.

Austen Chamberlain sprach in seinen Aeußerungen gegenüber Zeitungskorrespondenten von Friedensbeteuerungen über, während der deutsche Außenminister Dr. Stresemann erbitterte Bemerkungen über das Verhalten des russischen Außenministers Tschitscherin machte, der sich mit diplomatischer Taktlosigkeit in die beginnenden Sicherheitsverhandlungen einzumischen suche.

Dr. Stresemann, begleitet von Reichskanzler Dr. Luther, erhält besonderen polizeilichen Schutz, weil man ein Attentat von deutscher nationalistischer Seite befürchtet. In deutschen Kreisen hat man es Dr. Stresemann sehr verübelt, daß er dem Drängen der Alliierten, die Kriegsschuldfrage nicht auf der Konferenz vorzubringen, nachgegeben hat. Die Erbitterung darüber hat sich in zahlreichen Drohbriefen an deutsche Regierungsmänner geäußert. Sogar gegen Präsident von Hindenburg sind Drohungen laut geworden.

Deutsche Forderungen zurückgestellt.

Paris, 4. Oktober. — Französische und britische Staatsmänner drückten ihre Befriedigung darüber aus, daß Deutschland seine Vorbedingungen für die Beratung über den Sicherheitspakt zurückgezogen hat. Wie in den letzten Tagen gemeldet hatte der deutsche Außenminister Dr. Stresemann verlangt, daß, bevor in die Besprechung der Sicherheitspakts eingegangen werde, die Fragen der Kriegsschuld, der Räumung der Kölner Brückenköpfe und der Vorbehalte Deutschlands für den Eintritt in den Völkerbund erledigt werden sollten.

Frankreich und Großbritannien erhoben starken Widerspruch gegen die Aufrollung dieser Fragen vor der Konferenz der alliierten Außenminister und erklärten, daß diese Angelegenheiten mit dem Sicherheitspakt nichts zu tun haben.

Sowohl der französische Außenminister Briand wie der britische Außensekretär Chamberlain sind überzeugt, daß Deutschland gegen den Anschluß an die Liga keine Einwendungen erhebt. Bezüglich der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Ausbruch des Krieges wird erklärt, daß diese Frage durch den Versailler Vertrag entschieden (?) und hierfür auf der Tagesordnung der Sicherheitspaktkonferenz kein Platz sei. Die Deutschnationalen dringen auf die Erledigung dieser Frage, während andere politische Parteien Deutschlands der Ansicht sind, daß man es der Zeit überlassen solle, diese Fragen zu klären.

Ein ungewöhnliches Ereignis

Berlin, 3. Oktober. — Bei der Abreise der deutschen Abordnung nach Locarno kam ein ungewöhnliches Ereignis zur. Der päpstliche Nuntius sowie der britische, französische und italienische Botschafter hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden. Es war das erstemal seit dem Krieg, daß ausländische Diplomaten bei Abfahrt einer deutschen Delegation zugegen waren. Auslandminister Stresemann und Kanzler Luther stehen an der Spitze der Abordnung.

Stärkung der russisch-chinesischen Freundschaft

Moskau, 5. Okt. — Eine Militär-Delegation, die von dem christlichen General Feng Yu Hsiang in China abgesandt wurde, traf hier ein, um die politische und wirtschaftliche Lage Rußlands zu studieren und weitere Kenntnisse über die militärische Organisation, wie auch über das Unterrichtswesen des Landes zu erlangen.

Die Delegation setzt sich aus vier Offizieren zusammen. An deren Spitze steht General Sun Pen, der Stabschef des Generals Feng. Die Delegation dürfte sich mindestens einen Monat im Lande aufhalten.

„Die geographische Lage und die wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder", sagte General Sun, „verlangen engere freundschaftliche Beziehungen. Die freundschaftliche Haltung der Sowjetregierung dem chinesischen Volke gegenüber stellt eine feste Grundlage für eine engere Freundschaft dar."

General Sun legte Nachdruck auf die Tatsache, daß die chinesische Unabhängigkeitsbewegung sich zu einer nationalen ausgewachsen hat und deshalb nunmehr gezwungen ist, die Pfade zu gehen, welche von der ganzen Nation gutgeheißen worden sind.

In hiesigen kommunistischen Kreisen wird der Absendung dieser Mission als ein Mittel zur Stärkung der Freundschaft zwischen Rußland und China große Bedeutung beigelegt.

Verschärfte Franzosenherrschaft

Freiburg, Baden, 3. Okt. — Die Herrschaft der Besatzungstruppen der Alliierten wurde in den letzten sechs Wochen nach dem badischen Ministerpräsidenten Hellpach weit strenger und mehr belästigend. Wie er sagt, beklagten er und seine Kollegen von Preußen, Bayern und Hessen sich darüber bitter bei Luther und Stresemann, bevor sie nach Locarno abfuhren. Eine solche Atmosphäre, bemerkte Hellpach, kann die Verhandlungen über den Sicherheitsvertrag sicher nicht bessern.

Türkische und britische Rüstungen

London, 5. Okt. — Von Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Heeresleitung vier Jahrgänge türkischer Rekruten, im Alter von 22 bis 25 Jahren zur aktiven Dienstleistung einberufen habe und daß die halbamtliche türkische Presse bei Besprechung der Streitfrage mit England über das Mossulgebiet einen herausfordernden Ton anschlage.

Türkische Zeitungen erklären wohl, daß die Einberufung dreier Klassen der Rekruten nur erfolgte, um das Land zu verteidigen, falls türkisches Gebiet angegriffen werden sollte. Sie fügen aber hinzu, daß die Türkei nicht mit verschränkten Armen dastehen und England gestatten werde, Mossul zum Vorteil seiner Petroleumkonzerne in Besitz zu nehmen.

Während die hiesigen Morgenzeitungen die obige Meldung beachten und sagten, daß man in offiziellen Kreisen nicht glaube, daß die Einberufung türkischer Rekruten zum Heeresdienste mit der Streitfrage über das Mossulgebiet in Verbindung stehe, wurde bald nachher bekannt gemacht, daß die britische Admiralität unter Aufhebung früherer Anordnungen die Zurückziehung starker britischer Seestreitkräfte in den Gewässern des Nahen Ostens anbefohlen habe.

Schließung der mohammedanischen Klöster

Konstantinopel, 2. Okt. — Die Zeitung „Buyuk Jol" (Der große Weg) meldet, daß die Schließung der Klöster und der Mausoleen bisher ohne Zwischenfall durchgeführt worden ist. Die Zahl dieser Anstalten und ihrer Insassen ist außerordentlich groß. Allein in Brussa sind 39 Klöster und 37 Mausoleen geschlossen worden. Die Regierung hat eine Anzahl von Ausschüssen ernannt um die Gegenstände von geschichtlichem Wert, die sich in den geschlossenen Anstalten befinden, dem „Museum der frommen Stiftungen" zu übergeben.

Tschitscherin liebäugelt mit Polen

Eine „Warnung" an Deutschland

Berliner Kreise verurteilen anmaßende Haltung der Sowjets.

Moskau, 5. Okt. — Georg Tschitscherin, der Kommissar des Auswärtigen der Union sowjetsozialistischer Republiken, erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Associierten Presse, daß die Isolierung Rußlands einer der Beweggründe sei, weshalb die Alliierten mit Deutschland einen Sicherheitspakt abschließen wollen. Er sagte:

„Wir sehen, ganz klar, daß der Sicherheitspakt die Frucht einer Politik ist, die darauf abzielt, Deutschland aus zu entfernenden und mit Verachtung den gelbenden Pakt als einen Versuch, uns zu isolieren."

Tschitscherin reiste am vorigen Samstag mit einem Urlaub von zwei Monaten von Moskau nach Berlin ab. Seine Reise soll offiziell den Zweck haben, dort doch wird in Moskau nur nicht verhehlt, ihr politische Bedeutung abzusprechen. Tschitscherin hielt sich einige Tage in Warschau auf und hatte eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten und anderen Mitgliedern des polnischen Kabinetts. In Berlin soll er mit Stresemann über einen neuen Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rußland konferieren.

Der russische Außenminister sagte weiterhin:

„Ich habe in Warschau die Gelegenheit wahrgenommen, während meiner Durchreise verschiedene Fragen zu besprechen, die unsere Beziehungen zu Polen angehen. Ich nehme nicht an, daß es nur möglich sein wird, während meines kurzen Aufenthaltes irgend ein bestimmtes Abkommen zu treffen und werde mich damit zufrieden geben, die Grundlinien künftiger Verträge zwischen der Moskauer Regierung und Polen festzulegen, insbesondere bezüglich der Anwendung der Klausel des Nichtangriffsvertrages und zwischen einem Handelsvertrages, den wir mit Polen abzuschließen wünschen."

Tschitscherin erklärte, daß sich sein Besuch in Polen nicht gegen Deutschland richte. Er meinte, es läge wohl kaum im Interesse Deutschlands, gegen die Herstellung guter Beziehungen zwischen den Sowjets und Polen zu protestieren, denn es sei nur der Wunsch Deutschlands gewesen, Rußland zu einer feindseligen Haltung dessen Nachbarn gegenüber zu zwingen. „Wenn aber Deutschland sich dem Völkerbund ohne Vorbehalte anschließen sollte, so würde es durch diesen Schritt sich der Möglichkeit aussetzen, ein Mitglied einer Anti-Sowjet-Koalition zu werden."

Tschitscherin erklärte zum Schluß, daß er allen mit Polen bereits getroffenen oder abzuschließenden Vereinbarungen eine große Bedeutung beimesse, da sie wahrscheinlich die Weltgeschichte in hohem Grade beeinflussen werden.

Berlin, 1. Oktober. — Für gut unterrichtete Kreise ist es kein Geheimnis, daß die Stellung Deutschlands den Sowjets gegenüber in letzter Zeit sich bedenklich verschlechtert hat und man wirft den Sowjets insbesondere vor, daß diese ein Verhalten an den Tag legen, als ob Deutschland eine Macht dritten oder vierten Ranges wäre. Man sagt in hiesigen politischen Kreisen, daß die in Rapallo begründete deutsch-russische „Freundschaftspolitik" sich russischerseits in fortgesetzten Akten von Schikanen und Herausforderungen bestätige und daß, wie der kürzlich gegen drei deutsche Studenten in Moskau durchgeführte Prozeß erkennen ließ, die Sowjets dem Deutschen Reich gegenüber einen Mangel an Achtung beweisen, den der Kreml anderen Mächten, wie England oder Frankreich, ja selbst den Randstaaten gegenüber an den Tag zu legen nicht gewagt hätte. Das gleiche gelte von den Handelsvertrags-Verhandlungen, deren Einzelheiten von den Sowjets in so ultimativer Form verfochten werden, daß die Anwesenheit der deutschen Delegaten kaum noch von Nutzen sein könne.

Diese Darstellung des Verhältnisses zwischen Moskau und Berlin ist in den letzten Tagen von der offiziösen Meldung bestätigt worden, in der erklärt wurde, „die Moskauer Rateregierung sei zu einer veränderten Stellungnahme Deutschland gegenüber übergegangen." Die bolschewistischen Verhandlungsmethoden haben sogar den sowjetfreundlichen deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, veranlaßt, mit der Abreise der deutschen Delegierten zur Handelsvertrags-Konferenz zu drohen, wenn die Sowjets ihre Haltung nicht ändern sollten.

Vergeßt den „Courier" nicht!

Sucht neue Leser zu gewinnen!

Wenn die Aehren der Ernte und des Dreschens allmählich zu Ende geht, haben unsere deutschsprechenden Farmer wieder mehr Zeit, sich auch um andere Dinge zu kümmern. Zu diesen Dingen gehört auch **unsere Deutsche Zeitung**, die für viele unserer Freunde **geradezu unentbehrlich** geworden ist. Aus so manchen Briefen ersehen wir, **mit welcher Sehnsucht** jede Ausgabe des „Courier" erwartet wird, **wie man ihn von der ersten bis zur letzten Zeile liest**, um über alle Vorgänge in Canada und in der weiten Welt, über **alle Ereignisse** in der alten Heimat und über andere auffehenerregende Einzelheiten Mitteilung zu erhalten. Besonders viele Freunde haben wir durch unsere spannenden **Romane** und unsere ernsten und heiteren **Erzählungen gewonnen**. Unsere deutschen Frauen lesen sehr gerne die **Frauenbeilage** mit ihren nützlichen Anregungen und ihren unterhaltenden Lesestoff. Die Farmer werfen einen Blick auf die **Farmerseite**. So ist der „Courier" für Tausende und Abertausende von deutschsprechenden Canadiern in Stadt und Land zum

hochgeschätzten und beliebten Familienblatt

geworden. Er soll es auch in Zukunft bleiben. Ja, wir wollen unsere ganze Kraft daran setzen, den „Courier" immer mehr zum zuverlässigen Führer und zum zielbewußten Freund aller unserer Stammesgenossen in diesem Lande zu machen.

An unserem guten Willen fehlt es gewiß nicht. Aber wir bedürfen zum Gelingen unseres großen Werkes auch der **kräftigen Unterstützung aller treuen Leser und Leserinnen**. Diese Unterstützung soll keine Liebesgabe sein, fordern uns nur eine angemessene Entschädigung für unsere Unkosten und Mühen bei Herstellung der Zeitung gewähren. **Darum ersuchen wir um baldige Einsendung der uns zustehenden Abonnementsbeträge.** Jeder Redakteur ist seines Lohnes wert.

Darum ersuchen wir aber auch um eine

eifrige Werbearbeit

während der nächsten Herbst- und Wintermonate, damit bald alle unsere Freunde zur großen Armee der Courierleser gehören. Namentlich möge man sich darum bemühen, **die Neueingewanderten** für unsere Sache zu gewinnen. Sie sollen durch den „Courier" in die neuen Verhältnisse dieses Landes eingeführt werden.

Jeder, der einen neuen Leser für unser Blatt gewinnt, hat das Recht, von dem Jahresabonnement 50 Cents für sich zu behalten oder er kann auf Wunsch einen Courierkalender unentgeltlich als Belohnung für seinen Eifer beanspruchen, solange unser Kalendervorrat reicht.

Nun frisch ans Werk, liebe Freunde!

Seid überzeugt, daß Ihr für eine große und wichtige Sache, **für die Sache des Deutschtums in Canada**, schafft und wirkt, wenn Ihr dem „Courier" in jeder Weise Eure Unterstützung zukommen laßt!